Nummer 353

Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe • Preis 10 Pfennig. 72. Jahrgang. Sonntag, 1. August 1926

Als Beilagen erscheinen: Der vollständige Kurszettel der Berliner Börse, die Steuerpraxis, Praxis des Arbeitsrechts, der Handel mit dem Osten und viele tabellarische Übersichten. Der deutsche Beamte, Reise- und Bäder-Beilage sowie „Kunst Welt Wissen" mit Roman

Für Manuskripte übernimmt unser Verlag keine Verantwortung

Unverlangt eingeschickte Manuskripte werden nicht berücksichtigt

Verantwortl. Leiter: Handelsteil: W. Funk, Berlin; Polit. Teil: i. V. Dr. Richard Jügler, Berlin; Kunst, Wissenschaft und Lokales: F. Köppen, Berlin-Friedenau; Inseratenteil: i. V. Direktor A. Lorey, Berlin W 8; Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung Druckerei und Verlag, Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstraße 37

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37
Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten

Fernsprecher: Für den Handel Zentrum 8669; für Politik, Kunst und Lokales Zentrum 243, für die Expedition Zentrum 12352 und für die Druckerei Zentrum 2488

Anzeigenpreis: Die 12gespaltene Zeile 1,— Rmk., Stellungsuchende 0,50 Rmk., Reklamezeile 5,— Rmk. Bezugs-Preis: Monatlich 6,00 Rmk. Die Zeitung erscheint in der Woche zwölfmal. Bestellungen nehmen Zeitungsspediteure, unsere Geschäftsstelle und alle Postanstalten des Deutschen Reiches entgegen. Auslands-Bezug nur unter Streifband. Bestellungen sind direkt an unsere Geschäftsstelle zu richten. Der Bezugspreis beträgt im III. Quartal 1926, für Amerika 7,50 Dollar, Frankreich 200 französische Francs, Belgien 175 belgische Francs, Schweiz 40 schweizerische Francs, Holland 18 holländische Gulden, Dänemark 30 dänische Kronen, Schweden 30 schwedische Kronen, Norwegen 40 norwegische Kronen, England 36 Schilling, Italien 200 Lire, Rumänien 2000 rumänische Lei, Spanien 50 spanische Pesetas, Tschechoslowakei 250 tschechische Kronen, Brasilien 50 Milreis, Argentinien 20 Pesos, Serbien 500 Dinar; für den Monat August 1926 nach Oesterreich, Ungarn, Polen 10,— Rmk., Litauen 30 Lit, Lettland 775 lettische Rubel, Finnland 100 finnische Mark, Estland 1300 estländische Mark

Telegramm-Adresse: „Börsenkrone" | Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Postscheck-Konto: Berlin Nr. 26412.

Poincaré setzt sich durch.

Annahme der Finanzgesetze in der Kammer.

Paris, 31. Juli.

Die Kammer hat heute abend die Einzelberatung des Finanzgesetzentwurfes beendet und ihn in seiner Gesamtheit mit 295 gegen 188 Stimmen angenommen. Die Kammer vertagte sich darauf auf Mittwoch.

Der Verlauf der Kammersitzung.

Bei entscheidenden Abstimmungen wiederholte Vertrauenserklärungen für die Regierung.

TU **Paris**, 31. Juli.

In den Vormittagsverhandlungen der Kammer, die — wie gemeldet — mit dem Abschluß der Generaldebatte zu den Finanzprojekten und damit mit der Annahme des Vertrauensvotums für Poincaré mit 350 gegen 150 Stimmen ihren Ausgang fand, hatte sich

Poincaré

in seiner berichteten Rede gegen die Angriffe des sozialistischen Abgeordneten Auriel verteidigt und hierbei im Einzelnen u. a. ausgeführt: Man müsse vorausschauen. Man habe sich in einem Kabinett des Burgfriedens zusammengefunden, um keine Fehler mehr zu begehen, da man mitten in einer Krise stehe. Die Sachverständigen hätten erklärt, das zu erreichende Ziel sei die Währungsstabilisierung. Um dies zu erreichen, seien Uebergangsmaßnahmen erforderlich, einmal um das Budget auszugleichen, und in zweiter Linie um dem Schatzamt die notwendigen Erleichterungen zu verschaffen. Die Sachverständigen hätten erklärt, man müsse 2½ Milliarden verfügbar machen, um für 1926 das Budget auszugleichen. Gewiß sei ein Gesamtplan notwendig. Das jetzt vorliegende Gesetz leite ihn ein. Man müsse eilen. Es werde alles aufgeboten werden, um schon heute abend praktische Arbeit leisten zu können. Wenn aber die geforderten Steuern nicht bewilligt würden, werde der Staat täglich 16 Millionen verlieren. Nach einem Hinweis auf das, was von Belgien in den letzten Tagen getan worden sei, erklärte der Ministerpräsident, bevor man stabilisiere, müsse die Währung wieder gehoben werden. Die Regierung habe die Zuversicht, daß das Land an der Wiederherstellung der Währung mitarbeiten werde. Dabei sei es notwendig, an die Erhaltung der Wirtschaft zu denken. Wenn das erreicht sei, könne stabilisiert werden. Poincaré beschäftigte sich dann mit den Verfallsterminen bis zum 3. Dezember 1926, zu denen insgesamt 2,6 Milliarden Verpflichtungen zu erfüllen seien. Er ging weiter auf die in Aussicht stehenden Sparmaßnahmen ein und erklärte insbesondere, daß die erworbenen Rechte der abgebauten Beamten gewahrt werden sollen.

Das Land habe sich daran gewöhnt, in den Tag hineinzuleben.

Dadurch werde die Lage verschärft. Jeder müsse einsehen, daß für das Land alle verfügbaren Mittel zur Aufrechterhaltung der Währung bereitgestellt werden müßten. Die Regierung sei entschlossen, das private Eigentum zu achten, aber das bedeute nicht, daß nicht jeder Steuern nach seiner Fähigkeit werde zahlen müssen. Jedesmal, wenn ein neuer Finanzminister erscheine, erwarte man törichterweise, daß er einen Zauberstab mitbringe. Poincaré kündigte dann an, daß die Regierung zur Einleitung von Reformen der Kammer schon in der nächsten Woche einen Gesetzentwurf über die Amortisierungskasse, deren Autonomie durch weitgehende Garantien geschützt werden solle, vorlegen werde. Poincaré legte dann die Maßnahmen dar, die getroffen werden sollen, um die in den letzten Jahren begangenen Fehler, durch die die Kapitalsabwanderungen hervorgerufen worden seien, wieder gut zu machen. Schließlich erklärte Poincaré, die Gläubiger Frankreichs im Auslande müßten Gewißheit haben, daß

Frankreich im Rahmen seiner Kräfte seine Schulden bezahlen werde,

die Gläubiger im Inlande ihrerseits müßten wissen, daß der Staat in keiner Weise seine Verpflichtungen herabzusetzen bestrebt sei. Die übertriebene Entwertung der französischen Devise sei ein wirtschaftlicher Nonsens. Es habe gewiß Frankenbaissen gegeben, die zu erklären gewesen seien, aber in diesen Tagen sei der Franc unter den Kurs gefallen, der seinen eigentlichen Wert darstelle. Dies sei zum Teil auf die Spekulation, aber andererseits auch auf eine den Interessen Frankreichs zuwiderlaufende Bestürzung zurückzuführen, der ein Ende gemacht werden müsse. Die zur Einlösung vorgelegten Schatzbonds bedeuteten eine Belastung des Schatzamts, wenn aber der Staat in den Augen des Publikums als ehrlicher Mann dastehe, würden ihm die Bonds nicht zur Rückzahlung vorgelegt werden. Poincaré richtete zum Schluß einen Appell an alle Franzosen, an der Wiederherstellung der Finanzen und der Hebung der französischen Devise mitzuarbeiten.

Nach der Mittagspause trat die Kammer in die

Einzelberatung der Steuergesetze.

Die Diskussion war rein technischer Art, da bekanntlich durch den gestrigen Beschluß den Parteien die Möglichkeit, Abänderungen zu beantragen, genommen wurde. Gegen die einzelnen Artikel stimmten durchschnittlich etwa 180 Abgeordnete. Diese Minderheit setzt sich zusammen aus den Kommunisten, Sozialisten und einigen radikalen und sozialrepublikanischen Abgeordneten, sowie einigen Mitgliedern der äußersten Rechten. Ueber den Verlauf der Verhandlungen wird im einzelnen berichtet: Der Präsident der Kammer, Peret, verlas zunächst den Artikel 1 des Regierungsprojektes, in dem der Regierung Vollmachten über Sparmaßnahmen in der Verwaltung gegeben werden. Der Artikel 1 des Regierungsprojektes lautet: Die Regierung wird autorisiert, auf dem Verordnungswege bis zum 31. Dezember 1926 alle Verwaltungsmaßnahmen durch Zusammenlegung von Ressorts oder durch Schaffung von neuen Aemtern durchzuführen. Sollten sich jedoch die Maßnahmen, die notwendig werden, als Abänderung bestehender gesetzlicher Bestimmungen erweisen oder die Aufnahme neuer Kredite erfordern, so müßten die Verordnungen der Regierung der Kammer zur Ratifizierung vorgelegt werden. Gegen diesen Artikel machte sich von seiten der Sozialisten ein gewisser Widerstand bemerkbar, der jedoch eine Abschwächung durch die Ausführungen des sozialistischen Abgeordneten Brunet erfuhr, der erklärte, daß die neue Redaktion des Artikels 1 des Regierungsprojektes eine wesentliche

Einschränkung der Gefahr der Erteilung von allgemeinen Vollmachten an die Regierung

darstelle. Nach einer kurzen Debatte wurde Artikel 1 des Regierungsprojekts angenommen. Es fand hierauf eine theoretische Debatte über Artikel 2 statt, der die Einführung einer Reihe von Spezialsteuern fordert. Auch dieser Artikel wurde von der Kammer angenommen. Die Kammer trat darauf in die Beratung des Artikels 3 des Finanzprojekts der Regierung ein. Dieser Artikel sieht die Erhöhung der Steuern auf Weine und verschiedene andere Getränke vor und stieß auf heftigen Widerstand bei denjenigen Abgeordneten, die die Interessen der Provinzen vertreten, in denen vorwiegend Weine und Mineralwasser produziert werden. Ministerpräsident Poincaré erklärte, daß er, wie die Regierung bereits in der Finanzkommission der Kammer mitgeteilt habe,

bei jedem einzelnen Artikel, bei dem sich heftiger Widerstand geltend machen würde, die Vertrauensfrage stellen

werde. Er stellte demnach bei der Abstimmung über den Artikel 3 des Regierungsprojekts die Vertrauensfrage. Die Abstimmung über den ersten Teil des Artikels 3 ergab 298 Stimmen für die Regierung und 176 gegen die Regierung. Nach der damit erfolgten Annahme des Artikels 3 wurde auch Artikel 4 über die Erhöhung der Transportsteuer und Artikel 5, der die Erhöhung der Steuern auf Automobile vorsieht, angenommen. Ohne weitere Verhandlungen wurden dann im weiteren Verlauf die Artikel 6 bis 19 angenommen, so daß die Kammer um ½7 Uhr abends bereits sämtliche Artikel einschließlich Artikel 20 angenommen hatte. In der Debatte fiel die Interessenlosigkeit der Kammer auf, die den Vorschlägen der Regierung, die bekanntlich weitgehende Steuererhöhungen vorsehen, keinerlei Widerstand entgegensetzte. Auch bei der Beratung des Artikels 20 der Regierungsvorlage, der die Erhöhung der Erbschaftssteuer vorsieht, stellte Poincaré erneut die Vertrauensfrage. Die Abstimmung ergab

380 Stimmen für die Regierung und 140 Stimmen dagegen.

Um 8.15 Uhr wird die Debatte über die Finanzprojekte der Regierung abgeschlossen. Es wurden noch die Artikel 21 bis 29 ohne jede Abänderung durch Aufheben der Hände angenommen. In gleicher Weise wurde die Erhöhung der Bezüge der Abgeordneten und Senatoren auf 45 000 Franken angenommen. Darauf erfolgte die

Gesamtabstimmung

über die Finanzprojekte der Regierung. Die Abstimmung ergab 295 Stimmen für und 188 Stimmen gegen die Regierung. Die Finanzprojekte sind somit von der Kammer angenommen worden. Nach Schluß der Abstimmung legte der Ministerpräsident Poincaré der Kammer ein Gesetzesprojekt über die Schaffung einer Amortisationskasse zur Tilgung der inneren Schulden vor. Das Projekt wird voraussichtlich am Dienstag oder Mittwoch der nächsten Woche in Kammer und Senat beraten werden. Hierauf wird voraussichtlich bereits Ende der nächsten Woche die Nationalversammlung nach Versailles einberufen werden, auf der dann der Senat und Kammer gemeinsam das Projekt der Regierung über die Schaffung der Amortisationskasse annehmen werden.

Besserung des Frankenkurses.

Unter dem Eindruck des Vertrauensvotums sind die Devisenkurse an der Börse beträchtlich zurückgegangen. Der Dollar notierte 41,03, das Pfund 199,50, 100 Mark 970 Franken.

•

Aus Kreisen des Finanzministeriums wird mitgeteilt, daß

das ergänzende Finanzprojekt der Regierung

bereits im Laufe der nächsten Woche der Kammer zugehen wird. Die Regierung läßt über die Richtlinien der Ergänzungsvorlagen nichts verlauten. Das Projekt wird in den nächsten Tagen dem Präsidenten der Republik vorgelegt werden, worauf es von der Kammer nach dem neueingeführten beschleunigten Verfahren durchberaten werden wird. Wie verlautet, sieht das Finanzprojekt eine Amortisierung der schwebenden Schuld vor. In der Vorlage wird auch die Umstellung des Tabakmonopols enthalten sein. Die Monopolverwaltung wird Obligationen dem Publikum zur Verfügung anbieten. Hierdurch wird den Inhabern der Bonds der Nationalen Verteidigung Gelegenheit gegeben, diese gegen Tabakmonopolobligationen einzutauschen. Es wird darauf hingewiesen, daß die Reineinnahmen des Tabakmonopols für das Jahr 1927 auf drei Milliarden Franken veranschlagt sind.

Morgen wird eine Verordnung des Ministerpräsidenten und des Finanzministers erscheinen, nach der die

Zinsen für die Bonds der nationalen Verteidigung am 1. August erhöht

werden. Diese Maßnahme wurde bereits seit geraumer Zeit in finanziellen Kreisen erwartet, da seit dem 16. Februar 1923 eine Anpassung der Zinssätze der Bonds der Nationalen Verteidigung an die Geldentwertung nicht erfolgt war. Es wird jedoch darauf verwiesen, daß diese Maßnahme nur einen zeitlichen Charakter habe, und daß die Regierung in absehbarer Zeit zu einer neuen Erhöhung der Zinssätze schreiten würde.

Einberufung der Nationalversammlung.

TU **Paris**, 31. Juli.

Wie auch in den Wandelgängen der Kammer verlautet, soll Ministerpräsident Poincaré die Absicht haben, um dem Statut der Amortisationskasse, das er demnächst einzubringen gedenke, den Wert eines verfassungsmäßigen Gesetzes zu geben, dem nächsten Ministerrat vorzuschlagen, das Parlament aufzufordern, als Nationalversammlung in Versailles zusammenzutreten. Wahrscheinlich würde der Zusammentritt im Monat August erfolgen. Poincaré beabsichtige damit, das Funktionieren der Amortisationskasse den Zufälligkeiten einer Parlamentsmehrheit zu entziehen.

Außer der Wahl des Präsidenten der Republik ist die Nationalversammlung seit 1878 nur zeimal zusammengerufen worden; das eine Mal am 19. Juli 1878, um den Artikel 9 des Gesetzes von 1875 aufzuheben, der Versailles als Ort der ausübenden Regierungsgewalt bestimmte, das zweite Mal am 4. August 1884, als die Frist der Einberufung der Kammer sowie die Gründe für die Auflösung der Kammer festgelegt wurden.

Zum 2. August.

Zwölf Jahre sind vergangen seit dem Tage, als das fried- und rechtliebendste aller großen Völker Europas zum Schwerte griff, um seine Ehre und seinen Bestand gegen eine Umwelt von Haß und Neid zu verteidigen. Es mag sein, daß geschicktere politische Führung den Ausbruch des Weltkrieges hätte hinausschieben können. Der Krieg mußte aber einmal kommen, zu stark wuchs der Machtwille der anderen Völker, zu groß wurde der Haß und Neid gegen das in friedlichem Wettbewerb erstarkte Deutsche Reich. Bismarck hat immer gewußt, daß sein Werk einstmals verteidigt werden müsse, denn er las aus jedem Blatte der Geschichte: Macht geht vor Recht. Er stellte sein realpolitisches Handeln darauf ein, dachte als Staatsmann und als Soldat, und so trägt seine Bündnis- und Wehrpolitik den klaren Stempel des Mannes, der weiß, was ist und kommen muß mit geschichtlicher Notwendigkeit.

Anders später! Bismarcks Nachfolger und die Soldaten verstanden sich nicht mehr. In der fehlenden Synthese von politischem und wehrhaftem Wollen liegt der Keim der Niederlage begründet. Der Soldat drängte auf verstärkte Rüstung — sehr zum Widerwillen der politischen Führer, die dem Phantom nachjagten, auf friedlichem Wege Deutschlands Weltstellung zu sichern. In dem Glauben an das Recht und getragen von der Volksstimmung, die nur nach Arbeit und größerem Wohlstand rief, schlossen sie die Augen vor der kommenden Katastrophe, anstatt durch zielbewußte Bündnis- und Wirtschaftspolitik die Voraussetzungen zu schaffen, auf denen nur allein die militärische Kriegführung Erfolg haben konnte. So kam es, daß, als die politische Führung in den letzten Julitagen des Jahres 1914 keinen Ausweg mehr wußte und ohne klare politische Zielsetzung den Krieg erklärte, der Soldat den Kampf aufnahm, um bald zu erkennen, wie schlecht Politik und Wirtschaft auf den Krieg vorbereitet waren.

Der Weltkrieg entflammte. Immer größer wurde die Zahl der Feinde, immer enger wurde der Lebensspielraum des heldenhaft kämpfenden Volkes. Die Wirtschaft half nach besten Kräften, die politische Führung aber schwankte in den Händen des Kaisers, des Kanzlers und des Parlaments. So griff der Soldat aus der Not der Zeit auch in diese ein, und im Zusammenbruch schoben Feldherr und Staatsmann die Schuld auf den anderen. Das Vertrauen auf das Rechtsversprechen Wilsons war der letzte Frevel wider den Sinn der Geschichte!

Heute ist Deutschland durch das Diktat von Versailles gefesselt, seiner Wehrkraft beraubt, im Kampf um sein Leben nur auf die innere nationale Kraft angewiesen. Mit dem Ziel, auch diese zu zermürben um persönlichen Vorteils willen, gellt der Ruf der Pazifisten und Sozialdemokraten „Nie wieder Krieg" durch Straßen und Versammlungen. Aber auch immer größer wird der Kreis der wohlmeinenden Männer, die im Vertrauen auf das Recht Deutschlands Schicksal gestalten wollen. Sie vergessen die Lehren der Geschichte, die im Völkerleben niemals den Sieg eines Sittengesetzes kündet ohne Kampf. Der Stärkere mißbraucht den Namen des Rechts — wie wir es tagtäglich in der Welt sehen — um zu verschleiern, daß Gewalt und Macht herrschen. Die Geschichte widerlegt den Glauben, daß das Recht regiere, daß das Recht den Schwächeren gegen den Stärkeren schütze, daß papierne Verträge auf die Dauer Rechtssicherheit schaffen.

Gewiß liegen die Verhältnisse für uns heute ganz anders wie vor dem Kriege. Der Mangel an Macht, das Fehlen der Wehrkraft zwingen uns, dem Schwachen, das stumpfe Schwert des Rechts in die Hand. Aber wir dürfen

Die sommerlichen Pelze

Grau Gazellen-Mantel mit passendem grauen Kaninkragen M. 325

Giraffen-Gazellen-Mantel mit Nutria-Biberettekragen M. 490

herrmann Gerson
Werderscher Markt